

III/151

13. 12. 1948

Um das Programm der SPD

P.R. Auf dem letzten Parteitag der SPD in Düsseldorf war, wie schon bei früheren Gelegenheiten, der Wunsch nach einem erneuerten Parteiprogramm laut geworden. Das geschah in klarer Erkenntnis der Tatsache, daß den gegenüber der Entstehungszeit der Sozialdemokratie vollkommen veränderten Gegebenheiten auch in der Grundkonzeption der sozialdemokratischen Vorstellungswelt Rechnung zu tragen sei. Trotzdem ist die Bereitschaft zu solcher Anpassung in den Reihen der SPD unterschiedlich: der mit der Geschichte seiner Partei eng verbundene Sozialdemokrat, der meist zur älteren Generation gehört, wird in dieser Frage oft anders denken als derjenige, der erst durch die Erfahrungen der letzten anderthalb Jahrzehnte zur SPD gekommen ist.

Das Thema ist immer wieder behandelt worden, ohne daß dabei von irgend einer Seite ernsthaft die Notwendigkeit zu solcher Erneuerung in Zweifel gezogen wurde. Die Partei Vorstandssitzung in Bad Godesberg am vergangenen Freitag und Sonnabend hat diese Grundforderung erneut aufgegriffen, nicht in ihrem Inhalt, aber nach der technischen Seite hin. Die Partei ist nach ihrer Neubildung zunächst von den praktischen Erfordernissen ausgegangen. Sie hat genaue Richtlinien für einzelne Arbeitsgebiete entwickelt und ihre Arbeit in diesen Rahmen gestellt. Das war zweckmäßig, weil angesichts der unübersehbaren Fülle drängender Alltagssorgen keine Zeit mit programmatischen Untersuchungen verloren werden durfte. Die SPD ist also, ganz im Gegensatz zu dem Vorwurf, den sie sich immer wieder ausgesetzt sieht, ausgesprochen undogmatisch verfahren. Sie hat damit nach ihrer Auffassung ein gut Stück Arbeit überall dort geleistet, wo ihr die politische Situation - etwa die Mehrheitsverhältnisse in den Ländern oder ihr sehr beschränkter Einfluß als Oppositionspartei in Frankfurt - dazu die Möglichkeit gab.

Damit war aber die Notwendigkeit einer Fixierung übergeordneter Gesichtspunkte nicht überflüssig geworden. Sie soll nun in Angriff genommen werden. Das hat gewiß nichts mit Dogmatismus zu tun. Aber wie ein Staat nicht ganz seiner Verfassung entbehren kann, ganz gleich, ob sie in Artikeln und Paragraphen fest umrissen ist, oder vorwiegend auf bewährtem staatspolitischem Gewohnheitsrecht beruht, wird eine Partei nicht ganz auf bestimmte Grundsätze verzichten können, auch wenn ihr Rahmen äußerst elastisch sein kann und soll. Über Wert und Unwert einer Verfassung wie eines Parteiprogramms aber wird immer stärker als ihr Wortlaut die Art entscheidend, wie ihre Grundsätze verwirklicht werden können.

Die Grundprobleme, denen sich heute die deutsche Sozialdemokratie gegenüber sieht, sind in etwa auch diejenigen anderer sozialdemokratischer Parteien. Es sind im wesentlichen die folgenden drei:

1. Wie weit hat die Lehre von Karl Marx heute noch Gültigkeit, wie weit kann sie noch praktisch verbindlich sein?
2. Wie soll man einen vernünftigen Ausgleich zwischen der Notwendigkeit einer geplanten Wirtschaft und einer echten demokratischen Selbstverwaltung, zwischen einer unerläßlichen, maximal gerechten Ordnung und einer möglichst weitgehenden persönlichen Freiheit finden?
3. Wie soll sich das Verhältnis eines kommenden neuen Deutschland zum künftigen Europa gestalten?

Zum ersten Punkt lieferte die bekannte Ziegenhainer Tagung den bemerkenswertesten Diskussionsbeitrag. Das zweite Problem wird in dem Augenblick eine Lebensfrage für die deutsche Sozialdemokratie, in dem sie die Chance erhält, in eigener Verantwortung neue Wirtschaftsformen praktisch zu entwickeln. Dabei wird es notwendig sein, sich auch ausländischer Erfahrungen zu bedienen. Bei der letztgenannten Frage müssen sehr konkrete Forderungen aufgestellt werden. Das, was bisher in dieser Beziehung gesagt worden ist, verdiente Anerkennung, blieb aber ohne große praktische Bedeutung.

Dieses Programm sollte offen und gründlich diskutiert werden. Es darf kein neues Lexikon von Schlagworten entstehen und man darf sich nicht damit begnügen, das alte Gewand nach außen zu kehren. Daß unterdessen die praktische Arbeit nicht ruhen wird, ist selbstverständlich. Die Linie, in der sie bisher geleistet wurde, wird in allen wesentlichen Fragen weiter verfolgt werden. Es ist sogar notwendig, daß gerade diese Erfahrungen das Bild des schließlichen Ergebnisses einer solchen Programmdiskussion sehr wesentlich mitbestimmen, wenn nicht ein blutleeres Gebilde entstehen soll.

Zur Vorbereitung westdeutscher Wahlen

sp. Zur Ausarbeitung eines Programms für die Wahlen zum kommenden Bundesparlament wird unter dem Vorsitz von Dr. Kurt Schumacher eine Kommission gebildet werden, die sich auch mit der Frage der sozialdemokratischen Politik für den Fall befassen soll, daß die Sozialdemokratie in der kommenden Bundesregierung die volle oder geteilte Verantwortung zu tragen haben wird.

Stalin wechselt die Generale

B.K. Stockholm, im Dezember 1948.

Die Sowjetpresse brachte vor kurzem wichtige Veränderungen in der russischen Armeeführung. Unter ihnen ist die wichtigste der Rücktritt des Marschalls Wasilewski vom Amte des Generalstabschefs der Roten Armee, besonders wichtig in Rußland, dem Staate mit der größten Landarmee der Welt. Sie umfaßt heute etwa vier Millionen Mann.

Wasilewski hat seinen Einfluß noch nicht ganz verloren: er bleibt Vizeminister bei Bulganin, dem Parteigeneral, der Stalin statt seiner vielen Marschälle 1946 zum Kriegsminister machte. Aber in dieser Stellung wird seine Macht viel geringer sein, als Wasilewski sie in den letzten fünf Jahren besaß. Bulganin hat sechs Vizeminister und Wasilewski wird künftig nur einer dieser vielen abhängigen Souchefs sein.

Mit Wasilewski verläßt die russische Armeeführung der letzte große Heerführer des zweiten Weltkrieges. Alle anderen waren schon früher allmählich auf weniger bedeutende Posten versetzt oder ganz verschwunden. Militärisch betrachtet hat die Sowjetarmee mit der Herabsetzung Wasilewskis einen schweren Verlust erlitten. Marschall Alexander Wasilewski ist heute 50 Jahre alt, er ist also im besten Mannesalter und hätte noch lange als Generalstabschef dienen können. Seine Kriegskarriere war glänzend. Er zog in den zweiten Weltkrieg als General-Leutnant, wurde 1942 zum Generalobersten und 1943 zum Marschall befördert. Generalstabschef war er seit 1943. Als solcher war er und nicht Stalin der faktische Autor der vielen erfolgreichen russischen Offensiven der Jahre 1943-45. In der Schlußphase des Krieges war er auch Front-Befehlshaber in Ostpreußen und seine Truppen eroberten im April 1945 Königsberg. Im August desselben Jahres führte er die Fernost-Armee in ihren Operationen gegen Japan.

Wasilewski war der einzige siegreiche Armeeführer des Weltkrieges, der auch in der Nachkriegszeit in der Nähe Stalins blieb und großen Einfluß behielt. Bis 1946 leuchtete am hellsten der Stern Marschall Schukows am stalinschen Firmament, aber 1946 wurde er abgesetzt. Dann war es Wasilewski, der als der beste Marschall der Sowjetunion dargestellt wurde und seinetwegen wurde sogar die Kriegsgeschichte teilweise umgearbeitet, indem man statt Schukow nunmehr Wasilewski besonders hervorhob. Aber er hielt sich nur zwei Jahre länger als Schukow. Keiner von ihnen ist mehr in der höchsten Leitung, sie alle sitzen auf weniger wichtigen Posten oder sind ganz in der Versenkung verschwunden.

Der neue Generalstabschef General Schtschemenko war einer der Gehilfen Wasilewskis im Generalstab. Er hat im Weltkrieg eine unbedeutende Rolle gespielt und war bisher wenig bekannt. In der Armee und im Volke genießt Schtschemenko keine besondere Vorliebe, da er nicht zu den "Kriegshelden" gehört. Gleichzeitig mit ihm ist nach mehreren Jahren wieder Timoschenko ans helle Licht der

sowjetischen Öffentlichkeit hervorgehoben worden. Er nahm die wichtige Truppen-Parade am letzten Jahrestag der Oktoberrevolution in Moskau ab und hielt die offizielle Rede im Namen der Sowjetregierung. Im Weltkrieg gehörte Timoschenko zu den weniger glücklichen Armeeführern: unter seiner Leitung erlitten die Russen 1941 schwere Verluste an der Zentralfront, sie wurden damals bis nach Moskau zurückgeworfen. Auch in den Nachkriegsjahren spielte er keine leitende Rolle mehr.

Die Bedeutung aller dieser Veränderungen liegt darin, daß die berühmten Marschälle des Krieges abgesetzt und an ihre Stelle unbekannte Generale eingesetzt werden. Der russische Diktator will keine berühmten Männer neben sich haben, besonders solche nicht, die in der Armee sehr populär sind. Berühmte und mächtige Heerführer betrachtet er als potentiell gefährlich, auch wenn sie noch so treue Kommunisten sind. Stalin läßt solche Männer nicht lange in einflussreichen Ämtern. Er hat anscheinend noch immer Angst vor dem Gespenst des 1937 hingerichteten Marschalls Tuchatschewski und anderer selbständiger Generale. Während des Krieges konnte er ohne die fähigen und resoluten Heerführer nicht auskommen, denn die meisten Parteigenerale erwiesen sich als unfähig und wurden von den Deutschen geschlagen. Nach dem Krieg wurden aber diese Sieger der Ostfront alle abgesetzt und dadurch auch die zeitweilig geschaffene Sonderstellung der Sowjetarmee wieder abgebaut. Die russischen Generale werden heute unter der besonders strengen Aufsicht der Geheimpolizei des MGB und durch systematische Versetzungen und Absetzungen in ständiger Unsicherheit gehalten. In dieser fluktuierenden Atmosphäre bleibt nur der Sowjetdiktator selbst als der ruhende Pol des gewaltigen russischen Reiches.

Die wirkliche Gleichberechtigung der Frau

sp. Nach der Ablehnung im Grundsatzausschuss hat die Abgeordnete Dr. Selbert, Kassel, den SPD-Antrag: "Männer und Frauen sind gleichberechtigt" im Hauptausschuss des Parlamentarischen Rates in Bonn eingebracht. Mit 11:9 Stimmen brachten CDU/CSU und FDP den Antrag abermals zu Fall. Begründung: Bei der Fülle der in Betracht kommenden Gesetze seien die Auswirkungen nicht zu übersehen. Es gäbe auch Vorrechte der Frauen - wie etwa im Gesetz über den Mutterschutz - die mit dem Grundsatz der Gleichberechtigung nicht in Einklang zu bringen seien.

Mann und Frau sind nicht gleich, wohl aber gleichwertig. Daraus ergibt sich die unabdingbare Forderung nach Gleichberechtigung. Die wenigsten Frauen sind sich bewusst, welche armselige Stellung ihnen das bürgerliche Gesetzbuch zuschreibt. Beim gesetzlichen Güterstand kann die Frau nicht den kleinsten Gegenstand aus ihrer Aussteuer ohne Genehmigung des Mannes verkaufen. Ausgenommen sind nur die zu ihrem persönlichen Gebrauch bestimmten Sachen wie Schmuck etc. Und ist es noch zu ertragen für eine sich ihres Persönlichkeitswertes bewusste Frau, dass das Entschädigungsrecht in allen das eheliche Leben und die Kinder betreffenden Fragen ausschließlich beim Manne liegt.

Dass die genannten Fraktionen bei der Beratung erklärten, auch grundsätzlich für die Gleichberechtigung zu sein, wirkte wie bitterer Hohn. War es vielleicht der Ausdruck der Angst davor, dass die Frau zuviel Rechte erhalte und die Vormachtstellung des Mannes in der Ehe erschüttert werde? Es soll allerdings nach dem Willen der Antragstellerin der Zweck der Verfassungsbestimmung sein, die Reform des bürgerlichen Rechtes auszuklinken, und diese Reform muss eine der dringendsten Verpflichtungen und Aufgaben des demnächst zu wählenden Bundestags sein.

Einige Sätze der jetzigen Fassung des Gleichheitsartikels:
 "Das Gesetz muss Gleiches gleich, es kann Verschiedenes nach seiner Eigenart behandeln." Und ferner: "Niemand darf seines Geschlechtes, seiner Abstammung usw. wegen benachteiligt oder bevorzugt werden."

Mit diesen Formulierungen glaubt man, den Stein der Weisen gefunden zu haben. Darin sei die Gleichberechtigung der Frau enthalten, sagt man. In Wirklichkeit ist die erstere Version unverständlich und oben-drein eine Kann-Bestimmung. Bei der Auslegung der zweiten wird der "Nachweis" nicht schwer sein, dass die bürgerlich-rechtlichen Vorschriften über die Rechtsstellung der Frau in der Ehe zu ihrem und dem Schutz der Familie ergangen seien.

Wenn es CDU und CSU mit ihrer Besorgnis um den Schutz der biologischen Eigenart der Frau ernst meinen, dann müssten ihnen eigentlich auch Bedenken gegen den Satz "Männer und Frauen haben die gleichen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten" kommen. Zu den staatsbürgerlichen Pflichten könnten z.B. u.a. Landesverteidigung, Feuerwehrdienst und sonstige Zwangsdienste gehören.

Der SPD-Antrag umfasst Gleichberechtigung auf allen Gebieten, schliesst also die staatsbürgerliche Gleichberechtigung ein. Damit werden klipp und klar Tendenzen unterbunden, die hinter Begriffen wie "Mutterschutz" und biologische Eigenart die wirkliche Gleichberechtigung torpedieren wollen. Es ist klar, dass diese beiden Begriffe in ein anderes Kapitel gehören. Aufgabe der Frauenverbände ist es in dieser geschichtlichen Stunde des Werdens eines neuen Staates, die Stimmen der Frauen in Bonn zur Geltung zu bringen. Bisher ist es nicht geschehen. Lediglich sozialistische Frauen waren es, die das staatspolitische Gebot der Stunde erkannt haben. Es ist aber notwendig, dass auch die überparteilichen Frauenvereinigungen das Interesse ihrer Kreise auf Bonn lenken, um nachzuholen, was sie bisher versäumt haben.

Oslo an Berlin

sp. Beim Parteivorstand in Hannover traf von der norwegischen Sozialistenpartei folgendes Telegramm ein:

Wir gratulieren mit dem Wahlsieger einem Sieger für Demokratie und Sozialismus.

Arbeidernes Ungdomsfylking Oslo.

Notwendige Polizeireform

Die bisherige weitgehende Unabhängigkeit der Polizei von einer echten demokratischen Kontrolle hat sich in den vergangenen 3 1/2 Jahren als ausgesprochen unvorteilhaft und oft geradezu als schädlich und gefährlich erwiesen. Das ergab sich aus einer Darstellung des Innenministers von Nordrhein-Westfalen, Walter Menzel, auf der letzten Vorstandstagung der SPD in Bad Godesberg. Besonders in der britischen Zone ist in personeller Hinsicht, auch unter Duldung der Besatzungsmacht, eine Politik getrieben worden, die viele nazistische und nationalistische Elemente in die Polizei gebracht hat. Sie stellen für die junge deutsche Demokratie eine ernste Gefahr dar. Es wird deshalb nach sozialdemokratischer Auffassung notwendig sein, daß der jeweilige Innenminister eines Landes die verantwortliche Leitung der Polizei übernimmt und daß er dazu mit entsprechenden Vollmachten ausgestattet wird. Man sollte weiterhin versuchen, zu erreichen, daß in den Ländern ebenso wie in den großen Städten Polizeiaussschüsse gebildet werden, also demokratische Kontrollorgane, die zum größeren Teil beratend, zum geringeren auch beschließend, in jedem Falle aber aufsichtsführend tätig zu sein hätten. Die Aussichten auf Schaffung einer Bundespolizei sind leider unter den gegenwärtigen polizeilichen Verhältnissen nicht groß, es hat bereits erhebliche Schwierigkeiten gemacht, in Bonn eine Mehrheit wenigstens für ein Bundeskriminalamt zu erhalten.

(m/1/1312/hs)

"Echter Bedarf"

sp. Neben Berlin haben nun auch die Provinzstädte in der Ostzone ihre ersten "freien Läden" bekommen. Das befreite Ostvolk scheint von dieser Einrichtung nicht ganz so beglückt zu sein: Zweimal waren bereits die Schaufensterscheiben des freien Ladens in dem früheren Kaufhaus Huth am Marktplatz in Halle/S. zertrümmert. Es war vermutlich eine diesmal wirklich spontane Reaktion auf das Preisproblem für die "freien Wecker", das die in Halle erscheinende "Freiheit" so behandelt:

"... Das große Geschäft hingegen waren Wecker zu 60,— Mark, von denen bereits 250 Stück morgendlich in den Haushalten von Halle und Umgegend bismeln... In einer Diskussion hörten wir die Ansicht vertreten, daß die Preise so hoch seien, daß nur die Menschen in diesen freien Läden kaufen könnten, die entweder selbst Schwarzhandelsgeschäfte machen oder bisher schon die Gewohnheit hatten, auf dem Schwarzen Markt zu kaufen... Schieber lassen sich nicht um 6 Uhr früh wecken. Es sind Männer und Frauen, die in aller Frühe zur Arbeit müssen und nun froh sind, daß sie nicht immer in der Nacht aufzuschrecken brauchen, in den Gefangen, es könnte schon so weit sein. 60,— Mark ist natürlich viel Geld. Aber, wie gesagt, es besteht ein echter Bedarf für die Wecker..."

(b/B66/2/1312/hs)